

*
*
*
*
*
*
*
*
*
ÜBERSICHTEN
*
* * * * ***AUSSENPOLITIK****WESTEUROPA****(1)****Premierministerin Thatcher auf Chinareise: Handel und Hongkong**

Vom 22. bis 26. September besuchte Frau Thatcher Beijing, Shanghai und Guangzhou, traf mit den chinesischen Spitzenpolitikern, u.a. Zhao Ziyang und Deng Xiaoping, zusammen und diskutierte bilaterale sowie multilaterale Fragen. Einigkeit ergab sich schnell in der Bewertung der Afghanistan- und der Kambodscha-Frage (Frau Thatcher: "Wir unterstützen leidenschaftlich die Koalitionsregierung des Demokratischen Kampuchea und treten dafür ein, daß es seinen Sitz in der UNO behält. Wir erkennen das Heng-Samrin-Regime nicht an") sowie in der Beurteilung der Libanon-Frage. Solche Einigkeiten waren Musik in chinesischen Ohren.

Zum Hauptproblem geriet die Hongkong-Frage. Beide Seiten legten ihre Standpunkte dar und erklärten, daß sie "vom gemeinsamen Ziel", nämlich der Aufrechterhaltung der Hochkonjunktur und der Stabilität Hongkongs, ausgehend, darin übereinstimmen, daß auf diplomatischer Ebene über die Hongkong-Frage weiter verhandelt werden solle (XNA, 23.9.82). Zhao ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß China Hongkong als chinesisches Territorium betrachte, daß es sich bei den Verträgen aus dem 19. Jh. um ungleiche Abmachungen handle und daß China früher oder später seine Souveränität über die Gebiete wahrnehmen werde (XNA, 30.9.82).

Neben dem Thatcher-Besuch haben noch zwei andere Ereignisse die Zukunft Hongkongs und Macaos in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit rücken lassen, nämlich eine ZK-Tagung am 13. Februar 1982 in Beijing, bei der Generalsekretär Hu Yaobang die

künftige Hongkong-Politik der VR China erläuterte, und schließlich die Bildung zweier Büros in Beijing, das eine innerhalb des ZK, das andere innerhalb des Staatsrats, die sich ausschließlich mit Hongkong und Macao befassen sollen.

Für die 5,5 Millionen Einwohner Hongkongs und 300.000 Einwohner Macaos geht es um eine Schicksalsfrage. Da aber die Reichen bereits ihren Absprung gesichert und die Armen von einer volksrepublikanischen Machtergreifung nichts zu befürchten haben, ist es im wesentlichen der rührige und für die blühende Wirtschaft Hongkongs so ausschlaggebende neue Mittelstand, der sich im wesentlichen für folgende drei Fragen interessiert:

1. Werden die "drei Verträge" (aus den Jahren 1841, 1860 und 1898: Hongkong, Kowloon und die New Territories betreffend) von der VR China anerkannt? London - d.h. heute die Regierung Thatcher - steht auf dem Standpunkt (und ließ dies auch bei dem Besuch der Premierministerin in China nicht unerwähnt) -, daß die drei Verträge nach wie vor in Kraft seien, daß sie allerdings notfalls durch neue Abkommen ersetzt werden könnten (Ming Bao, 28.9.82). Offensichtlich will sich die britische Seite hier Vorstellungen zunutze machen, die China seinerseits gegenüber der Sowjetunion geltend gemacht hat, als es verlangte, daß die zwischen dem zaristischen Rußland und dem chinesischen Kaiserreich geschlossenen - ebenfalls "ungleichen" - Gebietsverträge aus dem 19. Jh. durch neue, "gleiche" Verträge ersetzt werden sollen. Gegen Frau Thatchers Erklärungen zur fortbestehenden "Geltung" der alten Verträge veranstalteten die "Patriotischen Studenten Hongkongs" am 29. September eine Protestkundgebung - hierin von der VR China, vor allem der chinesischen Agentur Xinhua, unterstützt (XNA, 29.9.82).

Einstweilen ergibt sich zwischen Beijing und London - trotz der prinzipiell so verschiedenen Ausgangsbewertung - am Ende doch insofern ein tragfähiger Kompromiß, als Beijing die drei Verträge - und damit auch den Status quo - de facto (wenn auch nicht de jure) anerkennt.

2. Wielange noch will China den Status quo gelten lassen?

Der heutige Außenminister und frühere Ständige UNO-Vertreter Chinas, Huang Hua, hatte bereits am 8. März 1972 gegenüber dem

UNO-Sonderausschuß für Entkolonialisierung erklärt, daß es sich bei Hongkong und Macao keineswegs um gewöhnliche Kolonien handle und daß China von sich aus - sobald die "Zeit dafür reif" sei - eine "angemessene und friedliche Lösung" finden werde (BRu 1982, Nr. 34, S. 25).

Die vorerst für diese Frage entscheidende Sitzung des ZK fand am 13. Februar 1982 in Beijing statt. Danach soll das Jahr 1997 nicht nur für die New Territories, sondern auch für die "auf ewig verpachteten" Gebiete Hongkong und Kowloon Endtermin sein, d.h. von diesem Zeitpunkt an will China die "vollständige Souveränität" wahrnehmen. Dasselbe gilt ceteris paribus für die "Kolonie" Macao (Hongkong Xinhua, 21.9.82, in SWB, 22.9.82).

Lange Zeit sollte die "Wiedervereinigungs"-Frage (d.h. die "Rückkehr Taiwans ins Mutterland") vor der Hongkong-Frage gelöst werden. Seit Februar 1982 hat man sich nun zu einem umgekehrten Fahrplan entschlossen (SWB, 23.9.82), um den Landesleuten in Taiwan durch ein attraktives Beispiel Mut zu machen - eine dem chinesischen "Modell"-Denken höchst angemessene Methode! Soll die Wiedervereinigung mit Hongkong Zugkraft auf Taiwan ausüben, so darf sie am Ende nicht allzu hart ausfallen! Im übrigen werden in diesem Zusammenhang auch Zeitvorstellungen für den Wiedervereinigungsfahrplan mit Taiwan deutlich.

3. In welcher Art und Weise will China von 1997 an die "volle Souveränität" ausüben?

Bisher werden folgende Elemente erwogen:

- Das politische System Hongkongs sei abzuändern: Der britische Gouverneur werde durch einen chinesischen Gouverneur, der heutige Gesetzgebungsapparat durch einen Volkskongreß ersetzt. Anstelle der bisherigen Hongkong-Flagge trete die chinesische oder aber die Hongkong-Flagge ohne die britischen Symbole.

Bei den Verwaltungsorganen sollen die Spitzen der einzelnen Abteilungen ausgewechselt werden. Der Stab bleibe aber im übrigen soweit wie möglich unangetastet.

- Was die Gesetzgebung angeht, so sollen die bisherigen Gesetze grundsätzlich beibehalten werden. Es solle auch keine Verfolgung politischer Feinde geben. Gegen Schwerverbrecher allerdings werde die Todesstrafe eingeführt.

Auf wirtschaftlichem Gebiet soll Hongkong das bleiben, was es heute ist, nämlich ein Freihafen und ein separates Währungsgebiet, das vom chinesischen Renminbi unabhängig ist.

- Im kulturellen Bereich sollen die heutigen Freiheiten beibehalten werden, und zwar nicht nur Religions- und Pressefreiheit, sondern auch Freizügigkeit. Hongkong soll m.a.W. "weltoffen" bleiben. Nur die Pferderennen seien - als ungesunde koloniale "Entgleisung" - zu verbannen (in Beijing sind offensichtlich die zahllosen Sozialeinrichtungen, die gerade vom Hongkonger Jockeyclub erstellt wurden, bisher nicht so recht gewürdigt worden).

Das ZK hat, flankierend zu solchen Einzelmaßnahmen, im Februar 1982 noch folgende fünf Grundsätze formuliert:

- Die Souveränität über Hongkong und Macao soll an China zurückfallen (wie erwähnt).

- Es sollen "zwei Arten von Gesellschaftssystemen nebeneinander in einem Land bestehen", nämlich das sozialistische in der eigentlichen Volksrepublik und das kapitalistische in Hongkong und Macao. Diese Simultanmethode sei schon von Lenin gegen den Widerstand Trotzki's mit dem Argument verteidigt worden, daß es gelte, "mit dem internationalen Kapital auf Tuchfühlung zu bleiben" (so Generalsekretär Hu Yaobang, nach Cheng Ming, 1.8.82).

- Keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem bisherigen Hongkonger System.

- Die Hongkong- und Macao-Frage seien nach dem gleichen Schema zu lösen wie die Wiedervereinigung mit Taiwan.

- Einzuführen sei das sog. "Konzeptionssystem", dessen Einzelheiten zwar nicht erläutert werden, das sich aber gleichwohl nachvollziehen läßt. Man vergleiche Hongkong mit einem Gebäudekomplex: Davon ließen sich dann theoretisch entweder Gebäude für Gebäude, ja sogar Stockwerk für Stockwerk oder aber der gesamte Komplex in einem verpachten. Ersteres wäre eine Maximallösung zugunsten Chinas, letzteres die Optimallösung für ausländische Investoren. Wie Verhandlungen in dieser Richtung aber auch immer ausfallen: Fest steht schon heute, daß China zwei Grundvorstellungen verwirklichen will:

- Hongkong wird erstens eines jener "Sonderverwaltungsgebiete"

werden, wie sie in Art.30 der neuen Verfassung vom 21. April 1982 vorgesehen sind (und wo besondere Gesetze und Bräuche - auch kapitalistische - herrschen dürfen).

* Und Hongkong wird zweitens solange eine Vorzugsbehandlung erfahren, wie es seine für die Volksrepublik so nützliche Modernisierungsrolle (als Devisenquelle, Ausbildungsstätte und Technologielieferant) weiterspielt.

Über allen rechtlichen Detailergänzungen steht letztlich wohl auch in Beijing eine Grundüberlegung, die sich auf die Formel bringen läßt: "Gäbe es Hongkong nicht, so müßte es erfunden werden."

Es ist wohl kein Zweifel, daß Margaret Thatcher, in deren Delegation sich u.a. auch der Gouverneur von Hongkong, Youde, befand, diese Lage illusionslos zur Kenntnis nahm. Letztlich ist die Hongkong-Frage kein Problem für Juristen, sondern für Pragmatiker. Das vorstellbare Abstimmungsverhalten der Bevölkerung spielt hierbei keine Rolle. Im Zweifelsfall freilich würden die Bewohner Hongkongs den Status quo vorziehen (so AWSJ, 13.8.82).

Zu den Gesprächsthemen gehörten ferner Handels- und Militärbeziehungen. U.a. möchte Großbritannien China mit Militärausrüstung beliefern, sich an der chinesischen Ölförderung beteiligen und auch einen Anteil am Bau des Atomkraftwerks in der südchinesischen Provinz Guangdong zugewiesen erhalten.

Am Schluß gaben beide Seiten ein gemeinsames Kommuniqué heraus, in dem nochmals betont wurde, daß über die Zukunft Hongkongs weiter auf diplomatischem Wege verhandelt werde.

Bei dem Besuch Frau Thatchers handelte es sich um die erste Visite eines amtierenden britischen Regierungschefs in China. Edward Heath war nicht mehr im Amt gewesen, als er 1974 nach Beijing reiste, und Frau Thatcher selbst war 1977 noch als Oppositionsführerin zu Besuch gekommen. Von chinesischer Seite hatte der frühere Partei- und Regierungschef Hua Guofeng Großbritannien im November 1979 besucht. Frau Thatchers China-Reise war der offizielle Gegenbesuch zur damaligen Visite.

Am Rande des Besuchs wurde eine Buchausstellung durch den British Council veranstaltet. Die Premierministerin selbst nahm an

einer Schiffstaufe teil (XNA, 27.9.82).

Vor dem Besuch Frau Thatchers war die chinesische Berichterstattung mit Großbritannien wenig freundlich ins Gericht gegangen und hatte all jene Themen durchgespielt, die den Briten selbst zu denken geben, wie Arbeitslosigkeit (z.B. BRU 1981, Nr.30, S.10) bei gleichzeitig extravaganteren "Veranstaltungen im Stile etwa der Hochzeit von Prinz Charles" (XNA, 29.7.81). Negativ war auch die chinesische Falkland-Kriegsberichterstattung. Interessiert hat sich China nicht zuletzt für die Entstehung einer dritten Partei in Großbritannien (XNA, 29.12.81) und für die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Labour Party.

Ein Sonderkapitel sind die zahlreichen Begegnungen chinesischer und britischer Militärs. Im September 1981 besuchte eine Delegation des British Royal College of Defence Studies die Volksrepublik (28.9.81), im Oktober 1981 besuchte der britische Generalstabschef China (XNA, 28.10.81). Nur recht sein kann den Chinesen im übrigen die meist recht unverblühte antisowjetische Einstellung der britischen Premierministerin.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(2)

China will seinen Kummer mit Angola vergessen und diplomatische Beziehungen aufnehmen

Am 27. September begannen in Paris Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen China und Angola. Der Schritt ist den Chinesen nicht leicht gefallen; denn sie hatten seinerzeit in der ehemaligen portugiesischen Kolonie auf das falsche Pferd gesetzt und das Rennen gegen die Sowjetunion verloren. Angola war am 11. November 1975 souverän geworden. Vorausgegangen war ein jahrelanger Kampf dreier "Befreiungsorganisationen" gegen die damalige portugiesische Kolonialherrschaft, nämlich der FNLA ("Nationale Front für die Befreiung Angolas"), die von China unterstützt wurde, der MPLA ("Volksbewegung für die Befreiung Angolas"), die von Moskau unterstützt wurde, und der "Nationalen Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas". In den sechziger Jahren schien das damals sich gerade aus kolonialer Abhängigkeit befreiende Afrika eins der Entscheidungsfel-

der der Weltpolitik zu sein. Mit entsprechendem Nachdruck engagierten sich die verschiedenen Mächte. Der Versuch, auf die Befreiungsbewegungen in den damaligen portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau, Mozambique und Angola Einfluß zu gewinnen, machte ein wichtiges Spektrum auch des sino-sowjetischen Konflikts aus. China zog am Ende in Angola - ebenso wie in Mozambique - den kürzeren, weil die Sowjetunion nicht nur auf den effektiveren Partner gesetzt, sondern auch mehr Waffen geliefert hatte. Vor allem aber hatte es die Sowjetunion verstanden, sich die Kastanien durch kubanische Truppen aus dem Feuer holen zu lassen - Truppen, die heute noch in Angola anwesend sind. Vergessen sollte man schließlich auch nicht, daß die Kreml-Propaganda es geschickt verstand, Beijing, Washington und Pretoria in einen Topf zu werfen, da die FNLA ja auch Hilfe aus den USA und aus Südafrika bezog.

Das chinesische Außenministerium übermittelte zwar anläßlich der Unabhängigkeitserklärung i.J. 1975 mit säuerlichem Lächeln Glückwünsche, konnte jedoch angesichts der sowjetischen Intervention - diplomatisch keinen Fuß in dem neuen Staat fassen. Um jedoch den Kontakt nicht ganz zu verlieren, gab es Unterstützungserklärungen für Angola ab, wenn wieder einmal südafrikanische Truppen in das Land einfielen (z.B. RMRB, 19.8.82).

Inzwischen will auch die angolansische Regierung reinen Tisch machen. Obwohl es dort kaum unbekannt sein kann, daß das chinesische Angebot u.a. ein Versuch ist, den sowjetischen Einfluß in dem afrikanischen Staat zurückzudrängen, verspricht man sich doch vielleicht ein gewisses Gegengewicht zu dem übermächtigen Einfluß Moskaus. Indirekt hat China den Angolanern zu erkennen gegeben, daß Sowjethilfe im allgemeinen eher zerstörerisch als konstruktiv wirke. Die Sowjetunion setze ihr militärisches und wirtschaftliches Potential und das Medium der "Wirtschaftshilfe" einzig und allein zur Erreichung spezifischer strategischer Ziele ein. Die sowjetische Militärhilfe habe in den vergangenen Jahren rund 150mal so hoch gelegen wie die praktische Wirtschaftshilfe (gegenüber blockfreien Staaten). 1977 bis 1980 wurden beispielsweise 36,1 Mrd.\$ für Waffen ausgegeben, dagegen nur 280 Mio.\$ für wirtschaftliche Zwecke. Die Sowjetunion habe in den kritischen Jahren 1970 bis 1980 insgesamt nur 11,1 Mrd.\$ Wirtschaftshilfe

geleistet, wovon drei Viertel bezeichnenderweise an Kuba und Vietnam gegangen seien. Zu allem Überfluß nehme die ohnehin geringe Wirtschaftshilfe seit 1980 auch noch laufend ab (XNA, 24.7.82).

Im Zeichen einer Annäherung an Angola beginnt China, über die Anwesenheit kubanischer Truppen etwas milder zu denken. Es handelt sich hier um eine innere Angelegenheit Angolas. Die angolansische Regierung sollte allerdings überlegen, ob die Stationierung der kubanischen Truppen auf ihrem Territorium auch dann noch notwendig sei, wenn Südafrika eines Tages von der "illegalen Besetzung Namibias" Abstand nehme, sobald dieser Staat also seine Unabhängigkeit erlangt habe. Der Abzug der kubanischen Truppen aus Angola sei keineswegs die Vorbedingung für die Lösung des Namibia-Problems. Kern der Namibia-Frage sei vielmehr die Weigerung Südafrikas, die UNO-Resolutionen für die Unabhängigkeit Namibias (datiert schon für Ende 1978) durchzuführen (BRu 1982, Nr.35, S.3). Indirekt gibt China mit einer solchen Aussage zu verstehen, daß es die kubanischen Truppen vorerst tatsächlich für unentbehrlich hält, solange nämlich - wie vor kurzem geschehen - südafrikanische Truppen Stützpunkte der SWAPO in Angola angreifen.

Mit den anderen ehemals portugiesischen Kolonien, Guinea-Bissau und Mozambique, unterhält China seit 1974 bzw. 1975 diplomatische Beziehungen. Angola mußte also früher oder später "nachgeholt" werden.

(3) Zentralafrikanische Studenten besetzten Botenschaft ihres Landes in Beijing

Immer wieder gibt es Ärger mit afrikanischen Studenten - so etwa mögen die chinesischen Behörden manchmal denken. Noch in aller Erinnerung sind die Krawalle am Textilinstitut in Shanghai aus dem Jahre 1979. Jüngster Zwischenfall ist die Besetzung der Botschaft der Zentralafrikanischen Republik durch vier Studenten ihres Landes, die den einzigen Vertreter ihres Landes in Beijing als Geisel genommen hatten. Auf diese Weise wollten sie dagegen protestieren, daß ihnen ihre Stipendien nicht ausgezahlt wurden. Sie mußten mit den 120 Yuan auskommen, die ihnen von der chinesischen Regierung eingeräumt wurden; diese Summe aber reichte nicht aus. Die

vier Studenten hatten gerade einen einjährigen Sprachkurs abgeschlossen und sollten noch einen halbjährigen Studienaufenthalt vor sich haben (AFP, 9.8.82).

-we-

(4) Die Lage im Libanon aus chinesischer Sicht

CHINA aktuell hat über die Palästinenser- und Israelfrage bereits im Juli-Heft ("China und der Mittlere Osten: hilflose Beschwörung der regionalen Einheit", S.394-405) ausführlich berichtet. Nach Räumung Westbeiruts durch die PLO-Truppen und nach dem Massaker in zwei Palästinenserlagern in Beirut am 18. September stellt sich die Lage im Libanon aus chinesischer Sicht folgendermaßen dar:

1. Die PLO wurde nicht vernichtet.
2. Der israelische "Überfall" hat das schwache Gleichgewicht der Kräfte zwischen Christen, Moslems, den mit der PLO verbündeten Moslem-Linken, der proisraelischen christlichen Falange-Parteiliz und den unparteiischen Kräften, die bisher die Zentralregierung geführt hatten, empfindlich gestört und der proisraelischen Falange-Partei zu einer Übermacht verholfen.

Das Beirut-Unternehmen ist ein Versuch Israels, den Libanon für immer zu besetzen.

Israel habe zwar die palästinensischen Kämpfer aus Beirut vertreiben können, aber es sei ihm unmöglich, alle 500.000 palästinensischen Flüchtlinge aus dem Libanon zu verjagen.

- Israels Kontrolle über den Libanon (oder wenigstens den Südlibanon) sei ein Schritt auf dem Weg zur Schaffung "Großisraels", das den in sich gespaltenen und geschwächten Arabern abgetrotzt werden soll.

- Die USA tragen für die "Greuelthaten Israels im Libanon" die Verantwortung, nachdem sie Israel nicht nur direkt unterstützt, sondern Maßnahmen gegen diesen Staat durch dauernde Vetos in der UNO verhindert haben.

Am 19. September gab das Außenministerium in Beijing eine Erklärung ab, in der die Beirut-Invasion und das Massaker an palästinensischen Bürgern verurteilt wird: "Am 15. September okkupierte Israel entgegen allen Normen des Völkerrechts und entgegen dem zwischen den betreffenden Parteien erreichten Abkommen

Westbeirut. Am 17. September nahm der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution an, in der gefordert wird, daß die israelischen Truppen unverzüglich aus Beirut abgezogen und die Bürgerrechte respektiert werden müssen.

Die israelischen Behörden weigerten sich jedoch in arroganter Weise, diese Resolution durchzuführen und massakrierten am 18. September kaltblütig unschuldige palästinensische Bürger, darunter Frauen und Kinder... Die internationale Gemeinschaft darf die unmenschlichen Taten der israelischen Behörden absolut nicht tolerieren..." (RMRB, 19.9.82)

Die direkte Verantwortung Israels wird in anderen Berichten dahingehend relativiert, daß die israelischen Truppen nur 200 m vom Ort des Massakers entfernt waren und die Vorgänge - wenn sie schon nicht selbst daran beteiligt waren - wenigstens hätten verhindern können (XNA, 20.9.82). Die israelischen Truppen sollten sich augenblicklich aus dem Libanon zurückziehen (RMRB, 20.9.82).

Gegen die "faschistischen Brutalitäten" der "Begin-Behörden" gebe es inzwischen eine Reihe von Maßnahmen:

- Da sei zunächst das israelische Volk selbst, das am 25. September in Tel Aviv eine machtvolle Demonstration der Empörung veranstaltet und den Rücktritt der Regierung Begin verlangt habe.

- Am 24. September habe die wiederaufgenommene 7. Dringlichkeits-Sondersitzung der UNO eine Resolution angenommen, in der Israel wegen des Massakers in Beirut mit Nachdruck verurteilt wird.

- Besonders erfreut zeigt sich China über die diesmal gelungene Arabische Gipfelkonferenz in Fez, bei der ein Acht-Punkte-Vorschlag angenommen wurde, der - wie China hofft (RMRB, 12.9.82) - endlich Einigkeit zwischen den arabischen Völkern in der PLO und der Israel-Frage stiften soll.

Am 21. September demonstrierten 200 ausländische Studenten gegen die Massaker an den Palästinensern in Beirut. Sie marschierten dabei zu den Botschaften der USA, Großbritanniens, Italiens, Frankreichs, des Libanon, der Sowjetunion, der PLO und einiger UN-Büros (XNA, 21.9.82).

-we-

INNENPOLITIK

(5)

Leiter der Zentralen Politischen Abteilung der VBA abgelöst

Der bisherige Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, Wei Guoqing, ist Ende September dieses Jahres von diesem Amt entbunden und durch das Politbüro-Mitglied Yu Qiuli ersetzt worden. Dies geht aus einer Meldung der "Volkszeitung" vom 28. September 1982 hervor (vgl. XNA, 19.9.82). Die Zentrale Politische Abteilung der VBA untersteht der ZK-Militärkommission und ist innerhalb der VBA zuständig für die politische Arbeit im Sinne des jeweils gültigen Parteikurses. Sie ist deshalb für die politische Ausrichtung der Armee von zentraler Bedeutung.

Die Ablösung Wei Guoqings steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Abdruck eines Artikels in der "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" am 28. August 1982, in dem der gegenwärtigen Parteiführung indirekt Abweichungen von der kommunistischen Ideologie und mangelnde Bekämpfung "rechter" Tendenzen vorgeworfen werden. In diesem Artikel wird die Deng-Fraktion einer Fehleinschätzung der ideologischen Hauptgefahr beschuldigt und für die zunehmende Korruption der Funktionäre und die Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas verantwortlich gemacht (siehe die Übersicht "VBA-Kritik am Kurs der Partei" in diesem Heft). Als Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA war Wei Guoqing zumindest formal für die Veröffentlichung dieses Artikels politisch ebenso verantwortlich wie für die erste Kritik an dem Schriftsteller Bai Hua und an der sogenannten "bürgerlichen Liberalisierung" in der "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" am 20. April 1981. Aufgrund der VBA-Kritik an Bai Hua und den "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" hatte Deng Xiaoping im April dieses Jahres den Propagandachef Wang Renzhong und dessen Stellvertreter Zhou Yang opfern müssen. So bot sich nun für Deng Xiaoping eine gute Gelegenheit, den politisch unzuverlässigen Wei Guoqing (er schloß sich während der Kulturrevolution nach anfänglichem Zögern der maoistischen Fraktion an) aus der VBA-Führung zu entfernen.

sch

(6)

Sohn Ye Jianying's wurde ZK-Kandidat

Die Familie des greisen Marschalls Ye Jianying ist nach dem XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas nun gleich zweimal in der zentralen Führungsschicht der KP Chinas vertreten:

- Der gebrechliche 85jährige Ye Jianying behielt trotz zahlreicher parteiinterner Rücktrittsappelle alle zuvor bereits innegehabten Parteiführungsposten: ZK-Mitglied, Politbüro-Mitglied, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission.

- Ein Sohn des störrischen Alten, der stellvertretende Gouverneur von Guangdong, Ye Xuanping, wurde zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt. Offenbar hatte eine Reihe von Parteitagsdelegierten an dieser Lösung des Nachfolgeproblems keinen Gefallen: Ye Xuanping landete bei den Wahlen auf Rang 122 der insgesamt 138 ZK-Kandidaten.

-sch-

(7)

Früherer Tibet-Chef Ren Rong wurde ZK-Kandidat

Der frühere 1. Parteisekretär von Tibet (1971-1978), Ren Rong, ist auf dem XII. Nationalen Parteitag der KP Chinas zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt worden. Obwohl dies einen politischen Abstieg darstellt (Ren Rong war zuvor Mitglied des XI. ZK gewesen), verwundert es, daß einer der Hauptverantwortlichen für die radikale Unterdrückungspolitik in Tibet überhaupt in der Parteiführungsschicht Berücksichtigung fand. Ren Rong war im Mai 1980 wegen schwerwiegender "linksabweichlerischer" politischer Fehler und Mißachtung der existentiellen Nöte der tibetischen Bevölkerung von seinem Amt als 1. Parteisekretär von Tibet entlassen worden. Darüber hinaus war ihm die Obstruktion des sozialistischen Modernisierungskurses der Deng-Fraktion vorgeworfen worden (siehe C.a., Juni 1980, S. 482 und 488). Daran konnten sich offenbar noch einige Parteitagsdelegierte erinnern, die Ren Rong bei der Wahl der ZK-Kandidaten ihre Stimme verweigerten: so landete Rong lediglich auf Rang 128 von 138 ZK-Kandidaten - die Aussicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre als ordentliches Mitglied ins ZK nachzurücken, sind daher denkbar gering.

-sch-